

1) Deutschland steht im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass leistungsbereite Fach- und Führungskräfte hierzulande attraktive Arbeits- und Sozialbedingungen vorfinden?

Es braucht eine aktive Einwanderungspolitik, die Einwanderung tatsächlich fördert und nicht komplizierter macht. Wir GRÜNE wollen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen, das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft, das transparente, unbürokratische und faire Verfahren bietet, das globale und regionale Notwendigkeiten berücksichtigt. Dafür soll auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs eine punktebasierte Talentkarte eingeführt werden. Attraktive Arbeitsbedingungen wollen wir unter anderem durch weniger unsichere Befristungen und eine Ausweitung der Tarifbindung erreichen, denn diese führt in der Regel nicht nur zu höheren Löhnen, sondern auch zu besseren Arbeitsbedingungen. Zudem wollen wir alle hier lebenden Menschen gut absichern, indem wir die Grundsicherung zu einer Garantiesicherung weiterentwickeln, Selbstständige besser absichern und die Zugangsbedingungen zu den gesetzlichen Sozialversicherungen verbessern.

2) Die neue Arbeitswelt erfordert einen Rahmen, der den Beschäftigten hinreichend Schutz, aber eben auch Flexibilität für neue Wege lässt. Welche konkreten Schwerpunkte plant Ihre Partei insbesondere im Hinblick auf mobile Arbeit zu setzen?

Wir GRÜNE wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet aus GRÜNER Sicht mehr Mitsprache beim Ort der eigenen Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu Hause zu einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und weniger Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten Belastungsprobe – wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg*innen fehlten oder Arbeit entgrenzte. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir erhalten und stärken, indem wir ein Recht auf mobiles Arbeiten einführen, sofern es die jeweilige Tätigkeit erlaubt. Das mobile Arbeiten kann im Homeoffice oder im nahe gelegenen Co-Working Space stattfinden, der Wechsel dorthin muss immer freiwillig, mit einem Rückkehrrecht und mit ausreichend Zeit an einem Arbeitsplatz im Unternehmen verbunden sein. Die Arbeitszeit muss dokumentiert werden.

3) Politik und Unternehmen müssen geeignete Rahmenbedingungen bieten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und um klassische Rollenbilder zu überwinden. Davon profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, der wir uns gemeinsam mit Wirtschaft und öffentlichen Institutionen stellen. Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert in Anspruch nehmen können. Mit der KinderZeit Plus wollen wir das

Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Die Monate der KinderZeit Plus können bis zum 14. Lebensjahr des Kindes - auch als Teilzeit - genutzt werden. Die Bedarfe der Familien von Kindern mit Behinderung sollen zusätzlich Berücksichtigung finden. Wir GRÜNE unterstützen Eltern dabei, Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in eine ausgewogene Balance zu bringen, Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job, Ausbildung oder Studium entscheiden müssen. Darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage.

4) Die Teilhabe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Erfolg ihrer Unternehmen ist ein zentraler Baustein für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft. Unterstützt Ihre Partei unsere Forderung, das Instrument der Mitarbeiterbeteiligung weiter zu stärken?

Die Antwort wird nachgereicht. Wir haben versehentlich eine Frage doppelt eingereicht.

5) Welche Schwerpunkte plant Ihre Partei, um eine zukunftssichere Altersvorsorge für alle Generationen sicherzustellen? Wie stehen Sie konkret zu unserer Forderung, die Doppelverbeitragung für alle gesetzlich Krankenversicherten Betriebsrentner schnellstmöglich zu beenden?

Für uns haben die langfristige Sicherung des aktuellen Rentenniveaus und die Beitragsstabilität eine hohe Priorität. Wir GRÜNE wollen das Rentensystem generationengerecht gestalten und auch jüngeren Generationen eine Aussicht auf eine auskömmliche Rente im Alter geben. Dies wollen wir durch einen Maßnahmenmix erreichen, indem wir ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen, die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer*innen und die Situation prekär Beschäftigter verbessern. Bei Bedarf flankieren wir diese Maßnahmen durch einen Steuerzuschuss. Die ergänzende betriebliche Altersvorsorge wollen wir stärken und mit einem Bürgerfonds ein faires, kostengünstiges und öffentlich organisiertes Standardprodukt für die private Vorsorge schaffen. Zur Doppelverbeitragung: wir halten die Freibetragslösung, die die aktuelle Bundesregierung geschaffen hat, für eine gute Lösung und sehen keinen weiteren Handlungsbedarf.

6) Unterstützen Sie die Forderung, online Wahlen zu den Sprecherausschüssen ebenso zu ermöglichen wie die virtuelle Ausrichtung der jährlichen Versammlungen der Leitenden Angestellten? Diese Option war während der Pandemie erfolgreich in vielen Unternehmen getestet worden und ist nun entfallen.

Wir GRÜNE wollen die rechtlichen Hürden für Online-Betriebsratswahlen beseitigen und das Betriebsverfassungsgesetz hinsichtlich der Bestimmungen zur Stimmabgabe und der Stimmauszählung so anpassen, dass der Wahlvorstand in eigener Verantwortung darüber entscheiden kann, ob Betriebsratswahlen online durchgeführt werden sollen. Eine ähnliche Regelung kann es auch für Sprecherausschusswahlen geben.

7) Wo sehen Sie die Schwerpunkte einer modernen Industriepolitik? Welche Aufgaben müssen Staat und Wirtschaft gemeinsam anpacken, um Deutschland auch in Zukunft einen vorderen Platz im globalen Wettbewerb zu sichern?

Damit der Standort Deutschland wettbewerbsfähiger wird, braucht es eine Investitionsoffensive, öffentlich wie privat, in Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung. Dafür sollen eine Dekade lang die Investitionen des Bundes um 50 Mrd. Euro pro Jahr steigen, das bedeutet, sie gegenüber heute zu verdoppeln. In diesem Rahmen schlagen wir GRÜNE einen Pakt zwischen Industrie und Politik vor, der einen verlässlichen Rahmen für Innovation und Investition in den Unternehmen schafft und auf fünf Säulen steht: 1) beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien; 2) ein klarer CO2-Preisfad und zusätzlich Klimaschutzverträge; 3) Leitmärkte für klimaneutrale Produkte; 4) Schutzinstrumente wie Grenzausgleichmechanismen; 5) Investitionszuschüsse in Leuchtturmprojekte und attraktive Abschreibungsbedingungen. Damit Investitionen künftig schneller und einfacher an den Start kommen, braucht es beschleunigte und schlankere Verfahren sowie digital und personell gut aufgestellte Verwaltungen.

8) Wie bewerten Sie die Entwicklung hin zu einer „Banken- und Finanzunion“ in Europa? Wie unterstützen Sie den Europäischen „Green Deal“ und wie wichtig ist Ihnen eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele?

Wir wollen die UN-Nachhaltigkeitsziele konsequent umsetzen. Für die 17 verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele haben GRÜNE im Bundestag seinerzeit 17 Einzelanträge vorgelegt. Für jedes von der UN formulierte Ziel fordern wir GRÜNE darin, mit der Umsetzung der Agenda 2030 – global und national – voranzukommen. Der Green Deal ist eine Chance, gemeinsam aus der Corona-Krise hervorzugehen und Europa zukunftsfest zu machen. Jetzt ist die Zeit, um in eine klimaneutrale, sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche EU zu investieren, in ein Europa, das unsere Gesundheit und natürlichen Ressourcen schützt und gleichzeitig zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft.

Die Banken- und Finanzunion ist ein wichtiger Baustein, um die Eurozone wetterfest zu machen. So vermeiden wir, dass bei einer Krise im Finanzsektor die Eurozone wieder in Mitleidenschaft gezogen wird und Banken wieder mit Steuerzahlergeld gerettet werden. Deshalb muss diese durch eine gemeinsame Einlagenrückversicherung vollendet werden.